

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Dienstag, 21. Dezember 2010 21:21

An: Christine.Mayrhuber@wifo.ac; Rainer.Eppel@wifo.ac.at; presse@gruene.at; andreas.kollross@spoe.at; olivia.weiss@akwien.at; sonja.fercher@akwien.at; margit.schrenk@akoee.at; presse-parlamentsklub@fpoe.at; katharina.cortolezis-schlager@parlament.gv.at; werner.amon@parlament.gv.at; daniel.kosak@gemeindebund.gv.at; guenter.danhel@ief.at; infopool@gruene.at; daniela.musiol@gruene.at; frauenservice@bka.gv.at; atelier.freinet@gmx.at; s.harter@gmx.a; atelier.freinet@gmx.at

Betreff: Letzte Sammelmeldung für 2010 - mit der Bitte an alle, die sich noch nicht beteiligt haben, durch ihre persönliche E-Mail der Forderung nach mehr Qualität im Elementarbildungswesen Nachdruck zu verleihen

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG
DES INFORMATIONSDIENSTES
VOM 21.12.2010 21:20:53**

**[DIE PLATTFORM EDUCARE DANKT ALLEN MITGLIEDERN,
MULTIPLIKATORINNEN UND SYMPATHISANTINNEN FÜR IHR ENGAGEMENT
UND WUNSCHT EIN SCHÖNES WEIHNACHTSFEST UND VIEL PERSÖNLICHEN
WIE BERUFLICHEN ERFOLG IM NEUEN JAHR!](#)**

[STUDIE](#)

[Erwerbsinaktivität und soziale Sicherungssysteme - Österreich im europäischen Vergleich](#)

[STOPP DES KINDERGARTENAUSBAUS](#)

[Glawitschnig zu Budget: Parlamentarier sollen sich ihres politischen Gewissens besinnen](#)

[Kinderfreunde gegen den Stopp des Kindergartenausbaus!](#)

[Tumpel: Investitionen in Kinderbetreuung und Gesundheit](#)

[AK: Ende der Förderung der Kinderbetreuung ist falsches Signal](#)

[AK-Präsident Kalliauer: Nein zum Einfrieren der Bundesgelder für Kinderbetreuung](#)

[FPÖ-Gartelgruber: Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen entwickelt sich zum Desaster](#)

[Sprachförderung: Kritik an Kürzungsplänen](#)

[Länder bedauern Aussetzen der Anstoß-Finanzierung](#)

[Stopp für den §15a-Vertrag bedeutet Aus für die Sprachförderung - das ist ...](#)

[Elementarpädagogik in Österreich - wo bleibt die Verantwortung der Regierung?](#)

[Persönliches Schreiben von Heide Lex-Nalis an die Bundesregierung](#)

[Kinderbetreuung: Regierung stoppt die Bundesmittel](#)

[Protest der Länder wegen Förderungsstopp für Kinderbetreuung](#)

[Kinderbetreuung: Remler verteidigt Ausbau-Stopp](#)

[2011 keine Bundesmittel für Kinderbetreuungs-Ausbau](#)

[Evaluieren statt ausbauen](#)

[AK: Ende der Förderung der Kinderbetreuung ist falsches Signal](#)

[Zu wenig Angebote - AK wettet gegen Einsparung bei Kinderbetreuung](#)

[AK-Präsident Kalliauer: Nein zum Einfrieren der Bundesgelder für Kinderbetreuung =](#)

[Kinderbetreuung: Regierung will Förderung streichen](#)

[Anstoßfinanzierung für Kinderbetreuung "schon 2011"](#)

[Kinderbetreuung: Wv. Landtag für mehr Bundesmittel](#)

[Grüne Wien/Wurzer: Kritik an Kürzung der Bundesmittel für Ausbau der ...](#)

[Kinderbetreuung - Oxonitsch: "Mitterlehner negiert Beschluss der Länder!" =](#)

[Wiener Landtag fordert Fortsetzung der Bundesmittel für Ausbau der ...](#)

[ZUR DISKUSSION](#)

[Wir dürfen jetzt nicht jahrelang verlorene Generationen produzieren"](#)

[LINZ: Von lesechwachen Eltern zu lesechwachen Kindern: Der PISA-Verantwortliche Günter Haider warnt im OÖNachrichten-Interview vor einer Abwärtsspirale. Diese müsse dringend durchbrochen werden.](#)

[BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG](#)

[→ Elementarpädagogische Datenbank](#)

[Nationalrat - Becher: Ministerin Schmied ist verlässliche Partnerin für ...](#)

[Nationalrat - Schmied: Bund bleibt stabiler Partner für Kunst und Kultur](#)

[Nationalrat - Muttonen: Kunst, Kultur und Unterricht verknüpfen](#)

[BILDUNGSPOLITIK](#)

[Cortolezis-Schlager: Einhaltung der Bildungsziele rasch sicherstellen!](#)

[Amon: Schule - nicht die Organisationsform ist relevant, sondern die Inhalte](#)

BM:UKK / BM.W F

[BM:UKK-Homepage](#)
[BMWF Homepage](#)

[Alle Informationen des bm:ukk und des bm.w f zur PädagogInnen-Ausbildung NEU](#)

BMWfJ

[Neue Familienstaatssekretärin Remler stellt sich Bundesrat vor: In Familienpolitik stehen wichtige Weichenstellungen an](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Mödlhammer: Gemeinden sind zu Reformen bereit](#)

[Alle Details zum Gemeindefinanzbericht 2010 - Grafiken, Audio-O-Töne, detaillierte Zahlen zum Gemeindefinanzbericht 2010](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen:](#)
[Neues "Kinderbetreuungsgesetz" einsam beschlossen.](#)
[Demokratie á la Kärnten: Gesetzesantrag der FPK wird ohne Begutachtung im ...](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARK

[Meldungen: keine](#)

TIROL

[Meldungen: keine](#)

VORARLBERG

[Meldungen:](#)
[Platters Bilanz - "Zusammenarbeit mit SP ist gut, doch VP ist der Motor!"](#)

WIEN

[Meldungen: keine](#)

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

[Akademische Ausbildung für Kindergärtnerinnen im Kosovo](#)

FAMILIENPOLITIK

[Mitterlehner: "Geburtenrate könnte höher sein"](#)

[Familienpolitik: "Faymann beschönigt die Situation"](#)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

[Behinderte Kinder als „Schaden“: Gesetz wird geändert](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)
[Forderungen](#)
[Mitglieder](#)
[Presse-Aussendungen](#)

[Twitter / Plattform EduCare: PISA beginnt im Kindergarten ...](#)

MACHEN SIE MIT BEI DER E-MAIL-AKTION: "WIR BRAUCHEN EIN BUNDESRAHMENGESETZ FÜR DIE ELEMENTARPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN"

[Schreiben einzelner Mitglieder und SympathisantInnen zur Situation der Elementarpädagogik in Österreich](#)

BISHERIGE ANTWORTEN AUF DIESE SCHREIBEN

[Von: Dialogbüro des grünen Parlamentsklubs \[mailto:infopool@gruene.at\]](#)
[Von: Postfach FRAUENSERVICE \[mailto:frauenservice@bka.gv.at\]](#)

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[Stopp für den §15a-Vertrag bedeutet Aus für die Sprachförderung - das ist ...](#)

➔ [MACHEN SIE DAGEGEN „MOBIL“: Österreich: Ein Bundesrahmengesetz zur Qualitätssicherung in den elementaren Bildungseinrichtungen steht an - Qualitätsoffensive im Elementarbildungsbereich unverzichtbar.](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Freinet Ostertreffen 2011 - Freitag, 15. 4. 2011, 17.00 Uhr bis Montag, 18.4. 2011, 18.00 Uhr in Seekirchen am Wallersee](#)

SONSTIGES

[Greifbare Gestalt Gottes - Darstellung Gottes im Alten Testament, Technische Universität Darmstadt](#)

[Emotionale Intelligenz hilft bei der Karriere, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

Die Plattform EduCare dankt allen Mitgliedern, MultiplikatorInnen und SympathisantInnen für ihr Engagement und wünscht ein schönes Weihnachtsfest und viel persönlichen wie beruflichen Erfolg im Neuen Jahr!

Sehr geehrte Mitglieder, KollegInnen und Kollegen!
Sehr geehrte MultiplikatorInnen und SympathisantInnen!
Sehr geehrte Freunde der Elementarpädagogik!

Sie haben sich im zu Ende gehenden Jahr durch Ihr Engagement weit über das „beruflich übliche“ Maß für die Elementarpädagogik engagiert: zum Wohl aller Kinder, die in Österreich wohnen, im Interesse deren Eltern und AlleinerzieherInnen, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der PädagogInnen, als Grundlage für positive Arbeit aller TrägerInneneneinrichtungen – kurz: im Sinn der Zukunft unseres Landes sind Sie durch Ihre Arbeit und Ihren Einsatz tätig

Vieles haben wir gemeinsam erreicht, vieles ist noch zu erreichen.

Angesichts des bundesweiten Mangels an Kindergarten- und HortpädagogInnen kann einer Evaluierung der Verwendung der Gelder aus der §15a-Vereinbarung und damit einhergehend einem kurzfristigen *quantitativen* Stopp beim Ausbau von Elementarbildungseinrichtungen durchaus Verständnis entgegengebracht werden.

Dafür müssen aber die **Qualitätsoptimierung** der elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen - im Sinn der Kinder, Eltern, AlleinerzieherInnen, ElementarpädagogInnen und aller TrägerInnenvereinigungen – verstärkt vorangetrieben werden: und speziell müssen zu diesem Zweck finanzielle Mittel erschlossen werden.

Wenn die Evaluierung abgeschlossen ist (*was wohl kein ganzes Jahr brauchen sollte!*) muss wieder **Geld in den weiteren Ausbau der Einrichtungen und** in die Qualitätssicherung fließen.

Wie Sie wissen, haben wir aus diesem Grund eine **E-Mail-Aktion** gestartet, die von knapp 120 an der Elementarpädagogik interessierten Personen mitgetragen wurde.

Allen, die sich bereits engagiert haben, danken wir herzlich!

Nur, wenn wir gemeinsam und „lautstark“ vorgehen, ist die Politik offensichtlich gewillt, sich dem drängenden Problem der bundesweiten Qualität der Elementarbildungseinrichtungen anzunehmen.

Wir ersuchen Sie daher noch einmal – **auch durchaus im eigenen Sinn!** - die begonnen positiven Schritte mit Ihrer *persönlichen* Forderung nach Qualität, die auf die quantitativen Verbesserungen erfolgen muss, Nachdruck zu verleihen.

Das können **Sie** durch Senden einer E-Mail an die politisch Verantwortlichen!

Einen Vorschlag für Ihr Schreiben (samt den Adressaten) finden Sie hier: ["Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"](#).

Kopieren sie den Text, **ändern** oder **vervollständigen** Sie ihn in Ihrem Sinn - jedenfalls versehen Sie ihn mit **Vor- und Zunamen**, nach Möglichkeit auch mit Funktion (Elementarpädagogin, Mutter...) und **Postadresse** und senden Sie die E-Mail an die angegebenen Adressen..

Sehr geehrte Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte MultiplikatorInnen und Freunde der Elementarpädagogik!

Wir danken Ihnen für Ihre Interesse und Ihre Mitarbeit für die Elementarpädagogik in Österreich.
Wir werden bemüht sein, auch im kommenden Jahr fachliche wie politische Informationen an Sie weiterzugeben und Sie bestmöglich zu unterstützen.

Wir wünschen Ihnen für Sie persönlich ein friedvolles, schönes Weihnachtsfest und für das kommende Jahr für Sie und Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit viel Freude und Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Steuergruppe

i.A. *Johannes-Maria Lex*

STUDIE

Erwerbsinaktivität und soziale Sicherungssysteme - Österreich im europäischen Vergleich

Wien (OTS/WIFO) - Im europäischen Vergleich sind in Österreich überdurchschnittlich viele Personen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig. Auch ist der Anteil der Arbeitslosen relativ niedrig. Ein Vergleich der Größe und Struktur der Nichterwerbspersonen deutet allerdings auf ein verhältnismäßig großes ungenutztes Erwerbspotential insbesondere unter Frauen mit Betreuungspflichten und Älteren hin.

Die Arbeitslosenquote bildet den Umfang des unausgeschöpften Erwerbspotentials nur unzureichend ab, da auch unter den Erwerbsinaktiven potentiell Erwerbstätige sind. Eine Analyse der beschäftigungspolitischen Performance einer Volkswirtschaft sollte demnach nicht nur auf den Indikatoren Erwerbstätigenquote und Arbeitslosenquote beruhen, sondern auch den Anteil der Nichterwerbspersonen berücksichtigen.

Österreich weist in einem Vergleich mit acht europäischen Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Niederlande, Schweden und Slowenien) eine leicht überdurchschnittliche Erwerbstätigenquote und einen relativ geringen Anteil der Arbeitslosen auf. Gleichzeitig liegt der Anteil der Nichterwerbspersonen leicht über dem Durchschnitt. Im Jahr 2008 waren von der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung 72,1% erwerbstätig (Länderdurchschnitt 71,8%), 25,0% erwerbsinaktiv (Länderdurchschnitt 24,3%) und 2,9% arbeitslos (Länderdurchschnitt 4,0%).

Gemäß den europäisch vergleichbaren Arbeitsmarktdaten aus der Arbeitskräfteerhebung, einer regelmäßigen und repräsentativen Befragungen, ist der Anteil der Nichterwerbspersonen, die angeben, arbeitsbereit zu sein, aber nicht aktiv nach Arbeit suchen, in Österreich am höchsten unter den untersuchten Ländern. Im Jahr 2008 gaben 26,2% der Nichterwerbspersonen (rund 365.000 Personen) an, arbeiten zu wollen, obwohl sie nicht nach Arbeit suchten. 2,6% der Nichterwerbspersonen waren grundsätzlich arbeitsbereit, aber kurzfristig nicht verfügbar. In Österreich besteht dementsprechend ein großes ungenutztes Erwerbspotential.

Die Größe und auch die Zusammensetzung der Gruppe der Nichterwerbspersonen unterscheiden sich in den untersuchten Ländern. Diese Unterschiede spiegeln die jeweilige Ausgestaltung des Bildungs- und Sozialsystems wider. Insgesamt haben Ausbildung und berufliche Fortbildung, aber auch Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit als Gründe der Erwerbsinaktivität geringe Bedeutung. Im Jahr 2008 waren in Österreich 7,0% der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung aufgrund von Ausbildung oder beruflicher Fortbildung erwerbsinaktiv, im Durchschnitt der acht Vergleichsländer waren es 8,0%. Aus gesundheitlichen Gründen waren in Österreich 2,2% vorübergehend oder dauerhaft erwerbsinaktiv, in den Vergleichsländern mehr als doppelt so viele (4,7%). Andererseits war aufgrund von Ruhestand mit 8,6% ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Personen zwischen 15 und 64 Jahren erwerbsinaktiv, in den Vergleichsländern waren es 5,5%. Auch der Anteil der Erwerbsinaktiven aufgrund von Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen liegt in Österreich mit 2,8% über dem Durchschnitt von 1,9%. Zudem spielen "andere persönliche oder familiäre Gründe" in Österreich mit 2,9% (Länderdurchschnitt 1,5%) eine überdurchschnittliche Rolle.

Abbildung 1: Bevölkerung in Österreich (15 bis 64 Jahre) nach Erwerbsstatus und Gründen der Erwerbsinaktivität - auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?&fid=12>)

Ein besonderes Potential für eine etwaige Steigerung der Erwerbsbeteiligung scheint in Österreich bei zwei Gruppen gegeben zu sein: Frauen im Haupterwerbsalter (25- bis 49-Jährige) mit Betreuungspflichten und ältere Frauen und Männer (50- bis 64-Jährige) im Ruhestand. Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen liegt in einem forcierten Ausbau der institutionellen **Kinderbetreuung** in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Auch eine Verstärkung der Anreize zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternkarenz und Betreuungsarbeit dient der besseren Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt.

Mit einem vergleichsweise niedrigen Pensionsantrittsalter der Frauen und den Möglichkeiten zum vorzeitigen Pensionsübertritt (Korridorpension, Langzeitversichertenpension) weist Österreich einen hohen Anteil an Erwerbsinaktiven in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen auf.

Vor diesem Hintergrund müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration der Älteren einerseits darauf abzielen, die individuelle Beschäftigungs- und Arbeitsfähigkeit bis zum Regelpensionsalter zu erhalten. Andererseits sollten die sozialrechtlichen Anreize zu einer längeren Erwerbstätigkeit verstärkt werden. Darüber hinaus sind nachhaltige Strukturänderungen auf der betrieblichen Ebene erforderlich, um altersgerechte Arbeitsplätze zu forcieren und so die Möglichkeit eines späteren Erwerbsaustritts zu schaffen.

Abbildung 2: Gründe der Erwerbsinaktivität der 15- bis 64-jährigen Nichterwerbspersonen - auf der WIFO-Website
(<http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=12>)

Rückfragen bitte am 21. Dezember 2010 an
Mag. Christine Mayrhuber, Tel. (1) 798 26 01/269,
Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at (9:00 bis 13:30 Uhr),
MMag. Rainer Eppel, Tel. (1) 798 26 01/328, Rainer.Eppel@wifo.ac.at
(10:00 bis 17:00 Uhr).

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht
12/2010
(http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40978&typeid=8&display_mode=2).

Rückfragehinweis:

Mag. Christine Mayrhuber (WIFO), Tel. (1) 798 26 01/269, Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at (9:00 bis 13:30 Uhr),
MMag. Rainer Eppel (wiiw), Tel. (1) 798 26 01/328, Rainer.Eppel@wifo.ac.at (10:00 bis 17:00 Uhr)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/235/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

STOPP DES KINDERGARTENAUSBAUS

Glawischnig zu Budget: Parlamentarier sollen sich ihres politischen Gewissens besinnen

Utl.: 23 Grüne Anträge, um sozial ungerechtem Budget "schlimmste Giftzähne" zu ziehen =

Wien (OTS) - Die Grüne Klubobfrau appellierte in ihrer heutigen Parlamentsrede an die Abgeordneten - vor allem von SPÖ und ÖVP - "geben Sie Ihr politisches Gewissen nicht an der Regierungsbank ab, stimmen Sie unseren Abänderungsanträgen zu". Die Grünen bringen heute 23 inhaltliche Abänderungsanträge ein, um die "schlimmsten Giftzähne" des Budgets noch zu ziehen. "Die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP haben heute die Möglichkeiten, die schlimmsten Härten zurückzunehmen", kündigte die Grünen-Chefin die Initiativen der Ökopartei an. Einmal mehr kritisiert Glawischnig die Bundesregierung scharf: "Sie weinen jetzt Krokodilstränen und wollen nächstes Jahr alles besser machen. Das ist scheinheilig. Dieses vorgelegte Budget setzt keine Prioritäten, es wurde mit Rasenmähermethode drübergefahren, bei den Schwächsten gespart, während die Reichen weitgehend ungeschoren davonkommen. Soziale Gerechtigkeit findet sich in diesem Budget nicht."

Konkret wollen die Grünen u.a. die Bezugsdauer für Familienbeihilfe bei 26 Jahren belassen und nicht auf 24 Jahre reduzieren; der Mehrkinderzuschlag soll ebenso weiterhin in unveränderter Form ausbezahlt werden; die Verschlechterungen im Behinderten- und Pflegegeldbereich sollen zurückgenommen werden; die Einschnitte bei der Entwicklungszusammenarbeit ebenso. Glawischnig: "Dieses Budget ist nicht alternativenlos. Ja, eine Konsolidierung ist notwendig, aber jetzt bei der Bildung, Forschung oder Klimaschutz zu sparen ist verantwortungslos. Wenn die Regierung behauptet, dass es für Unis und Schulen mehr Geld gibt, ist das ein Schwindelpaket. Es gibt keinen einzigen Cent mehr für die Bildung", kritisiert Glawischnig. Vor allem angesichts des PISA-Schocks sei dies politisch unverantwortlich.

Glawischnig vermisst im Budget den gesellschaftlichen Ausgleich. "Dass bei den Stiftungssteuern angesetzt wurde, halte ich zwar für gut. Allerdings werden die Reichen hier gerade einmal ein wenig gekitzelt, statt dass sie wirklich einen echten Beitrag leisten." Immerhin betrage der Anteil aus Stiftungen an der Konsolidierung lediglich 80 Millionen Euro - und das bei einem jährlichen Ertrag von drei Milliarden. Ebenso bemängelt die Grüne, dass SPÖ und ÖVP die Chance ausgelassen hätten, in Verhandlungen mit den Bundesländern eine echte Verwaltungsreform auf Schiene zu bringen. "Deswegen beklagen wir jetzt weiterhin zu wenig **Kinderbetreuung** für die Kleinsten und für die Schulkinder. Das ist eine Koalition der Mutlosigkeit."

Insgesamt bezeichnete Glawischnig das Budget als "bildungs- und familienfeindlich, sozial ungerecht und ohne ökologische Lenkungswirkung". Sie appelliert, dass sich die ParlamentarierInnen "morgen noch in den Spiegel schauen können und den Grünen Anträgen zustimmen. Sollten Sie es nicht tun, wird die Bevölkerung über jeden und jede einzelne von Ihnen informiert sein. Deshalb werden wir über alle Anträge namentliche Abstimmungen verlangen." Auch an der FPÖ übt Glawischnig scharfe Kritik dafür, dass diese die Maßnahmen und Aktionen der Opposition nicht mittragen. "Strache & Co unterstützen nicht die Bevölkerung und die Familien wie wir, sondern nur ihre Kärntner Parteifreunde von der FPK." Damit spielte sie darauf an, dass sich die Blauen nicht an einer Verfassungsklage der parlamentarischen Opposition gegen die Kürzungen im Familienbereich beteiligen wollen und auch sonst keinerlei Protestmaßnahmen gegen das SPÖ-ÖVP-Budget im Parlament setzen.

Rückfragehinweis:

Die Grünen
Tel.: +43-1 40110-6697

mailto:presse@gruene.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Kinderfreunde gegen den Stopp des Kindergartenausbaus!

Utl.: Kollross: Dafür braucht es keine Familienstaatssekretärin. Nichts passiert auch ohne politischer Verantwortung! =

St. Pölten (OTS) - Mit Unverständnis reagierte der Landesvorsitzende der Kinderfreunde Niederösterreich, Andreas Kollross, auf die jüngsten Äußerungen der neuen Familienstaatssekretärin betreffend dem Stopp des Kindergartenausbaus. "Dafür braucht es keine Familienstaatssekretärin. Nichts passiert auch ohne politischer Verantwortung", so Kollross.

"Da wird Land auf und Land ab über das Ergebnis von PISA und die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung diskutiert, und die politisch Verantwortliche im Bund reagiert mit einem Stopp im Kindergartenausbau. Es scheint, als würde es auch hier ein Problem mit dem Sinnerfassenden Lesen geben, denn anders ist eine solche Herangehensweise nicht zu erklären", so Kollross weiter.

Die Kinderfreunde fordern vom Bund, wie von den Ländern ein Bekenntnis zum Ausbau des Kindergartenwesens im Interesse der Kinder, sowie im Interesse der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. "Es muss endlich damit Schluss gemacht werden, dass in Sonntagsreden immer von der Wichtigkeit der Kinder und von der Zukunft unseres Landes geschwafelt wird, wenn gleichzeitig die tagtägliche Handlung in der Realität ein Zukunftsraub gegen unsere Kinder ist.

"Die Kinderfreunde fordern einen Masterplan zwischen Bund und Ländern zum raschen Ausbau eines flächendeckenden Kindergartenwesens in Österreich. Unsere Kinder können nichts dafür, dass auf den Finanzmärkten der Welt Milliarden in den Sand gesetzt wurden, und durch die Lobbypolitik der ÖVP der Sparstift bei jenen angesetzt wird, die die Krise nicht verursacht haben. Wenn es Budgetprobleme gibt, dann holt euch das Geld von jenen, die auch genug davon haben. Nicht jedoch von unseren Kindern!", so Kollross abschließend!

Rückfragehinweis:

Kinderfreunde NÖ, Kastelicgasse 2, 3100 St. Pölten, Tel.: 0664/1426066

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/193/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Tumpel: Investitionen in Kinderbetreuung und Gesundheit

Utl.: Stärkung der Inlandsnachfrage zentral für Aufschwung =

Wien (OTS) - "Gerade jetzt, wo eine Erholung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts erkennbar ist, gilt es in wichtige Zukunftsbereiche zu investieren", sagt AK Präsident Herbert Tumpel, "das Konsolidierungspaket der Bundesregierung zeigt in die richtige Richtung, da es Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche wie Forschung und Energieeffizienz enthält und verstärkt große Vermögen und den Finanzsektor in die Pflicht nimmt. Dennoch braucht es dringend noch zusätzliche Investitionen in den Ausbau der **Kinderbetreuung** und in den Gesundheitsbereich." Zusätzlich kritisiert Tumpel, dass man sich momentan zu sehr auf die Exporte verlasse. "Einen dauerhaften Aufschwung wird es allerdings nur geben, wenn auch die Inlandsnachfrage kräftig zulegt, also wenn die Masseneinkommen steigen und sich die Situation am Arbeitsmarkt verbessert. Denn die Konsolidierung kann nur erfolgreich sein, wenn sie Rücksicht auf Beschäftigung und Wachstum nimmt", so Tumpel.

Das WIFO konnte seine Wachstumsprognose dank der guten Ergebnisse im Außenhandel etwas hinaufsetzen. Mit BIP-Wachstumsraten von 2 Prozent und knapp darüber bis 2012 befindet sich die österreichische Wirtschaft nach der tiefen Rezession wieder auf einem Wachstumskurs. Allerdings sind es weiterhin fast ausschließlich die Exporte, insbesondere nach Deutschland, die zum Aufschwung beitragen. Die privaten Konsumausgaben steigen nur mäßig und die Investitionen wachsen nur zögerlich - das birgt große Risiken. In der ersten Jahreshälfte 2011 wird mit einer Wachstumsverlangsamung gerechnet, da der Welthandel und das Wirtschaftswachstum in Übersee an Schwung verlieren. Die Ungleichgewichte und die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen im Euroraum wirken weiter dämpfend.

"Ein nachhaltiger Aufschwung bedarf daher einer Stärkung des Konsums, wozu insbesondere die niedrigen Einkommen angehoben werden müssen", betont Tumpel, "denn laut WIFO-Prognose sind die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Jahren 2010 und 2011 rückläufig und auch die Erholung am Arbeitsmarkt verläuft schleppend." Außerdem werden die Unternehmen erst dann wieder kräftiger investieren, wenn sie sich einer kaufkräftigen Nachfrage gegenüber sehen, was die Arbeiterkammer jedoch kritisch sieht, denn:

Anstelle hoher Ausschüttungen wäre es sinnvoller, die Gewinne in Innovationen und Zukunftsinvestitionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu stecken.

Auch die Budgetpolitik trägt eine wesentliche Verantwortung für die Nachhaltigkeit des Aufschwunges. Dass nun auch Vermögen und der Finanzsektor Konsolidierungsbeiträge zu leisten haben, hält Tumpel für einen Schritt in die richtige Richtung zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Und auch Zukunftsinvestitionen sind für die mittel- und langfristige Sicherung von Wachstum und Beschäftigung von entscheidender Bedeutung. Deshalb begrüßt Tumpel auch die geplanten Offensivmaßnahmen mit Investitionen in das Bildungssystem, in Forschung und in die thermische Sanierung, fordert allerdings weitere Investitionen für **Kinderbetreuung** und Gesundheit.

Rückfragehinweis:

AK Wien Kommunikation
Mag.a Olivia Weiss
Tel.: (+43-1) 501 65 2641; mobil: (+43) 664 845 42 14
mailto:olivia.weiss@akwien.at
http://wien.arbeiterkammer.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/26/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

AK: Ende der Förderung der Kinderbetreuung ist falsches Signal

Utl.: Bundesmittel haben sich ausgezahlt und müssen fortgesetzt werden:
Immer noch fehlen 35.000 Plätze für Unter-3-Jährige =

Wien (OTS) - "Den Ausbau der **Kinderbetreuung** nicht mehr zu fördern wäre ein völlig falsches Signal. Nach wie vor fehlen in Österreich bundesweit 35.000 Kindergartenplätze für die Unter-3-Jährigen und nur bei 15 Prozent sind die Öffnungszeiten ausreichend. Der Bund muss den Ausbau daher unbedingt weiter fördern und darf nicht ein weiteres Jahr warten", fordert AK Präsident Herbert Tumpel. Die Bundesmittel haben sich ausgezahlt: Es wurden mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder geschaffen und die Öffnungszeiten in Kindergärten ausgeweitet. "Diese Förderung braucht Kontinuität, alles andere wäre ein völlig falsches Signal. Außerdem ist **Kinderbetreuung** ein Muss, um die Beschäftigungschancen von Frauen zu sichern", so Tumpel.

Zahlreiche Untersuchungen zeigen auf, dass sich Investitionen in **Kinderbetreuung** rentieren. Die Wirtschaftskrise hat zu einer Stagnation in der Frauenbeschäftigung geführt. Wachstum gibt es nur mehr bei Teilzeitjobs, während die Vollzeitbeschäftigung zurückgeht. Die Zahl der arbeitslos vorgemerkten Frauen und insbesondere der Wiedereinsteigerinnen ist anhaltend hoch. Der Sozialbericht zeigt einen klaren Zusammenhang auf, dass die Armutsgefährdung von Familien aufs engste mit der Frage verknüpft ist, ob die Frau erwerbstätig ist. Die konsequente Förderung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung und die Verbesserung der Öffnungszeiten in Kindergärten sind also eine wichtige Unterstützung für die Frauenbeschäftigung. Der Beitrag des Bundes zum Ausbau der **Kinderbetreuung** muss daher fortgesetzt werden - und zwar sofort.

Rückfragehinweis:

AK Wien Kommunikation
Sonja Fercher
Tel.: +43-1 501 65-2153
mailto:sonja.fercher@akwien.at
http://wien.arbeiterkammer.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/26/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

AK-Präsident Kalliauer: Nein zum Einfrieren der Bundesgelder für Kinderbetreuung

Linz (OTS) - "Oberösterreich braucht mehr und qualitätsvolle Kinderbetreuungsplätze. Das zeigt unser Kinderbetreuungsatlas ganz deutlich. Ein Einfrieren der Bundesmittel für den Ausbau der **Kinderbetreuung**, wie Minister Mitterlehner es plant, ist gegen die Interessen berufstätiger Eltern. Wir lehnen dies daher strikt ab", sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Der Kinderbetreuungsatlas der AK Oberösterreich zeigt, dass trotz vieler Verbesserungen die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen nach wie vor ungebrochen ist. Erhebliche Defizite gibt es bei den Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige und bei den Öffnungszeiten. So bieten nur 42 der 444 oberösterreichischen Gemeinden, das sind 9,5 Prozent, in ihren Kindergärten Öffnungszeiten, die den Eltern eine Vollzeitbeschäftigung ermöglichen.

Es geht aber nicht nur um ganztägige Betreuung, sondern auch um Wissensvermittlung in spielerischer Form. Dadurch können etwaige Defizite schon sehr früh ausgeglichen und allen Kindern annähernd gleiche Startpositionen verschaffen werden. "Vor dem Hintergrund der aktuellen PISA-Studie wäre ein Aufschub beim Ausbau von Kindergärten

geradezu verantwortungslos", so der AK-Präsident. Er fordert den Bund auf, weiterhin entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Warum der Geldfluss wegen der Evaluierung der Fördermittel unterbrochen werden soll, ist unverständlich.

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich, Kommunikation
Margit Schrenk
Tel.: (0732) 6906-2198
mailto:margit.schrenk@akooe.at
http://www.arbeiterkammer.com

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/21/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

FPÖ-Gartelgruber: Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen entwickelt sich zum Desaster

Utl.: Gratis **Kindergarten** ist nur verschleierte Integrationsmaßnahme =

Wien (OTS) - "Wenn Bundesminister Mitterlehner im Budgetausschuss für die Familien darauf hinweist, dass sich die Länder den Großteil der Bundesförderungen für Kinderbetreuungseinrichtungen nicht abholen, dann sagt sie uns nur die halbe Wahrheit. Sie verschweigt, dass die Gemeinden finanziell gar nicht in der Lage sind, die nötigen Einrichtungen bereitzustellen", verweist die freiheitliche Frauensprecherin NAbg. Carmen Gartelgruber auf die großen Probleme der Kommunen.

"Natürlich ist es traurig, dass Tirol im Jahr 2008 beispielsweise nur zwei Prozent der verfügbaren Mittel in Anspruch genommen hat. Das zeigt aber doch, dass hier etwas falsch läuft", erklärt Gartelgruber. Deswegen sei es wichtig die Vorgehensweise bei der Förderung zu überdenken. "Wenn 2011 die Förderungen für ein Jahr ausgesetzt werden, wäre es ein guter Zeitpunkt für die Bundesregierung, die Art dieser Fördermaßnahmen zu überdenken. Solange es im Sinne der Familien und der Kinder ist, werden wir Freiheitlichen uns sehr gerne konstruktiv an dieser Diskussion beteiligen", fordert Gartelgruber eine Neuordnung der Fördermaßnahmen in diesem Bereich.

"Einen weiteren wichtigen Punkt verschweigen die Mitglieder der Bundesregierung ebenso. Bei dem verpflichtenden Kindergartenjahr handelt es sich um eine versteckte Integrationsmaßnahme", meint Gartelgruber. Bei den einheimischen Familien sei es bereits jetzt üblich, die Kinder in den **Kindergarten** zu schicken. Migrantenfamilien hätten von dieser Möglichkeit bisher in wesentlich geringerem Ausmaß Gebrauch gemacht. "Viele Probleme werden jetzt einfach von den Volksschulen in die Kindergärten verlagert. Diese sind aber gar nicht in der Lage, diese Probleme zu bewältigen", ist Gartelgruber überzeugt.

"Auch hier zeigt sich wieder die völlige Planlosigkeit der Regierung in den Bereichen Familie, Bildung und Integration", schließt Gartelgruber.

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub
Tel.: 01/ 40 110 - 7012
mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Sprachförderung: Kritik an Kürzungsplänen

ORF.at

Die Überlegungen des Bundes, die Mittel für den Ausbau von Kinderbetreuung und Sprachförderung an die Länder einzufrieren, sorgen für Kritik. .

Länder bedauern Aussetzen der Anstoß-Finanzierung

derStandard.at

Wien - In den Bundesländern wird der Plan der Regierung, die Bundesmittel für den Kindergarten-Ausbau vorerst zu stoppen, überwiegend mit Bedauern ...

Stopp für den §15a-Vertrag bedeutet Aus für die Sprachförderung - das ist ...

Live-PR.com (Pressemitteilung)

Dass damit auch die Sprachförderung nicht mehr finanziert wird: das ist bildungspolitischer Wahnsinn und Verrat an der Zukunft Österreichs! ...

Elementarpädagogik in Österreich - wo bleibt die Verantwortung der Regierung?

Angesichts des bundesweiten Mangels an Kindergarten- und HortpädagogInnen kann einer Evaluierung und damit einhergehend einem kurzfristigen quantitativen Stopp beim Ausbau von Elementarbildungseinrichtungen durchaus Verständnis entgegengebracht werden. Dafür muss der Qualitätsoptimierung der elementaren und außerschulischen Bildungseinrichtungen - im Sinn der Kinder, Eltern, Kindergarten- und HortpädagogInnen sowie der TrägerInnenvereinigungen – verstärkt Augenmerk gewidmet und speziell zu diesem Zweck finanzielle Mittel erschlossen werden.

Wenn die Evaluierung abgeschlossen ist (was wohl kein ganzes Jahr brauchen sollte!) muss wieder Geld in den weiteren Ausbau der Einrichtungen und in die Qualitätssicherung fließen.

→ weiterlesen:

<http://www.openpr.de/news/496080/Elementarpaedagogik-in-Oesterreich-wo-bleibt-die-Verantwortung-der-Regierung.html>

Persönliches Schreiben von Heide Lex-Nalis an die Bundesregierung

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heidemarie Lex-Nalis
Krausegasse 7a/10
1110 Wien
Tel.: +43 (664) 4634580
Heide.Lex-Nalis@aon.at

Wien, am 17. Dezember 2010

Sehr geehrte Damen und Herren der Österreichischen Bundesregierung!

Die Regierung hat beschlossen, die Förderung für den Ausbau der Kinderbetreuung in den Ländern nicht zu verlängern - auch die Sprachförderung wird nicht mehr finanziert: das ist bildungspolitischer Wahnsinn und Verrat an der Zukunft Österreichs! Das ist der Gipfel der Verantwortungslosigkeit!

Ich lade Sie ein: fahren Sie in die Kindergärten und schauen Sie sich an, welche Leistungen die Pädagoginnen tagtäglich für Österreichs Zukunft bringen!

Wie viele Studien brauchen wir noch, die aufzeigen, dass Investitionen in den frühkindlichen Bereich mehr als lohnend sind! Nicht nur für die einzelnen Kinder und deren Familien, für die gesamte Volkswirtschaft. Wo bleibt die Einlösung des Versprechens von Minister Mitterlehner mehr Geld für Kinderbetreuungsplätze statt für direkte finanzielle Leistungen an die Familien ausgeben?

Wir brauchen eine Kindergartenmilliarde!

Auch ohne Evaluierung können wir seriös behaupten, dass das Geld vom Bund dringend benötigt wird: Für qualitative Verbesserungen! Für zusätzliche Personal und für gezielte Fördermaßnahmen.

Von den 8 Milliarden, die für Familien ausgegeben werden, muss 1 Milliarde für die frühkindliche Bildung in den Kindergärten umgeschichtet werden.

Wir brauchen PolitikerInnen, die begreifen, dass die Kinder unsere Zukunft sind!

Wir brauchen PolitikerInnen, die sich endlich für bundeseinheitliche qualitative Verbesserungen im Elementarbildungswesen und für nachhaltigen quantitativen Ausbau der Elementarbildungseinrichtungen einsetzen!

Mit hohem Unverständnis Ihrer Vorgehensweise grüßt Sie

Heide Lex-Nalis

BAKIP-Direktorin i.R.
Mitglied der Steuergruppe der Plattform EduCare
Mitglied der Initiative Kindergartenpädagogik NEU
Krausegasse 7a/10
1110 Wien

Kinderbetreuung: Regierung stoppt die Bundesmittel

DiePresse.com -

2011 soll kein Geld an die Länder fließen – Frauenministerin für Änderungen. Von 2008 bis 2010 wurden den Ländern jährlich 15 Millionen Euro für die ...

Protest der Länder wegen Förderungsstopp für Kinderbetreuung

derStandard.at -

Die Regierung wird ihren eigenen Ankündigungen untreu: Anstatt mehr Geld für die Kinderbetreuung gibt es künftig weniger. Wien - Nichts Geringeres als eine ...

Kinderbetreuung: Remler verteidigt Ausbau-Stopp

DiePresse.com

Nächstes Jahr soll der Ausbau der Kinderbetreuung evaluiert werden. Erst 2012 können die Länder neue Bundesmittel bekommen. Frauenministerin Heinisch-Hosek ...

2011 keine Bundesmittel für Kinderbetreuungs-Ausbau

derStandard.at

Wien - 2011 wird es offenbar keine Bundesmittel für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in den Ländern geben. Die Grüne Familiensprecherin Daniela ...

Evaluieren statt ausbauen

ORF.at

2011 gibt es kein Geld vom Bund für den Ausbau der Kinderbetreuung. Das hat Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP), zu seinem Ressort gehören auch ...

AK: Ende der Förderung der Kinderbetreuung ist falsches Signal

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS) - "Den Ausbau der Kinderbetreuung nicht mehr zu fördern wäre ein völlig falsches Signal. Nach wie vor fehlen in Österreich bundesweit 35.000 ...

Zu wenig Angebote - AK wettert gegen Einsparung bei Kinderbetreuung

Krone.at

Nur 42 von 444 Gemeinden im Land ob der Enns bieten Kinderbetreuungsplätze, die den Eltern zeitlich eine Vollzeitbeschäftigung erlauben. ...

AK-Präsident Kalliauer: Nein zum Einfrieren der Bundesgelder für Kinderbetreuung =

APA OTS (Pressemitteilung)

Linz (OTS) - "Oberösterreich braucht mehr und qualitätsvolle Kinderbetreuungsplätze. Das zeigt unser Kinderbetreuungsatlas ganz deutlich. ...

Kinderbetreuung: Regierung will Förderung streichen

austria.com

Scharfe Kritik: Offenbar plant die Regierung, den Ausbau der Kinderbetreuung im kommenden Jahr nicht zu verlängern. 0 Kommentare Scheinbar möchte die ...

Anstoßfinanzierung für Kinderbetreuung "schon 2011"

relevant

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (S) will nun doch schon 2011 eine Fortsetzung der Anstoßfinanzierung für Kinderbetreuungsplätze in den Ländern: ...

Kinderbetreuung: Wr. Landtag für mehr Bundesmittel

relevant

Der Wiener Landtag hat am 16. Dezember einstimmig die weitere Ausbezahlung der Bundesmittel zum Ausbau des Kinderbetreuungsangebots gefordert. ...

Grüne Wien/Wurzer: Kritik an Kürzung der Bundesmittel für Ausbau der ...

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS) - "Wien setzt weiter auf einen Ausbau der Kinderbetreuung - und geht damit im Gegensatz zur Bundespolitik den Weg der Vernunft. ...

Kinderbetreuung - Oxonitsch: "Mitterlehner negiert Beschluss der Länder!" =

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS/SPW-K) - "Mit seiner Verweigerung, die Bundesmittel für den Ausbau Kinderbetreuung zu verlängern, negiert Minister Mitterlehner einen einstimmigen ...

Wiener Landtag fordert Fortsetzung der Bundesmittel für Ausbau der ...

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS) - Der Wiener Landtag hat sich heute einstimmig für die Verlängerung des Bundeszuschusses für den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots und die ...

ZUR DISKUSSION

Wir dürfen jetzt nicht jahrelang verlorene Generationen produzieren“

"Manche Jugendliche durchlaufen derzeit neun Jahre Schule – und können die einfachsten Aufgaben nicht bewerkstelligen." Günter Haider, Österreichs PISA-Verantwortlicher

LINZ. Von leseschwachen Eltern zu leseschwachen Kindern: Der PISA-Verantwortliche Günter Haider warnt im OÖNachrichten-Interview vor einer Abwärtsspirale. Diese müsse dringend durchbrochen werden.

OÖN: Zu Beginn eine persönliche Frage. Sind Sie es langsam leid, als PISA-Verantwortlicher alle drei Jahre noch schlechtere Ergebnisse zu verkünden?

Haider: Natürlich leide ich selber mit – ich war zu Beginn meiner Berufslaufbahn selbst Volksschullehrer. Es ist nicht angenehm zu sehen, dass gerade beim Lesen, wo die Volksschule einen großen Anteil hat, die Lernprozesse nicht so laufen, wie sie laufen könnten. Aber es ist wichtig, diese Entwicklungen festzustellen.

OÖN: 28 Prozent der 15- bis 16-Jährigen können PISA zufolge nicht sinnerfassend lesen. Liegen die Versäumnisse dafür allein in den Schulen?

Haider: Das PISA-Ergebnis beim Lesen ist eine Gesamtnote dafür, was Eltern, Kindergarten und Schule, insbesondere die Volksschule, leisten – jeder hat dabei einen in etwa gleich großen Anteil. Allerdings: Die Profis in diesem Prozess sind die Schulen und Kindergärten – dort könnten allfällige Schwächen aus dem Elternhaus kompensiert werden.

OÖN: Laut PISA steigt aber die Zahl der Risikoschüler gerade beim Lesen. Diese Schüler werden auch einmal Eltern. Lässt sich die Abwärtsspirale von leseschwachen Eltern und leseschwachen Kindern noch stoppen, oder nähern wir uns bereits einem kritischen Punkt?

Haider: Uns erwartet jedenfalls ein dauerndes – auch volkswirtschaftliches – Problem, wenn es nicht gelingt, diese Abwärtsspirale zu stoppen. In Teilen sind wir schon in einer sehr kritischen Situation, wenn man Aussagen aus der Wirtschaft und von Lehrherren über die Fertigkeiten der Lehrstellenwerber beim Lesen, Schreiben und Rechnen ernst nimmt.

OÖN: Wie stoppt man die Spirale – und zwar vergleichsweise rasch?

Haider: Einiges geschieht schon: geringere Klassengrößen, ein Ausbau echter Ganztagschulen und eine neue Lehrerausbildung. Man könnte auch überlegen, eine zweijährige Kindergartenpflicht einzuführen. Das sind aber Maßnahmen die frühestens in den PISA-Tests ab 2020 spürbar werden. Wir brauchen daher auch rasche Maßnahmen. Wir dürfen nicht darauf hoffen, dass es in zehn bis 15 Jahren besser wird – und jetzt jahrelang verlorene Generationen mit 25.000 schlechten Lesern pro Jahrgang produzieren.

OÖN: Was wären solche Erste-Hilfe-Maßnahmen?

Haider: Da braucht man zunächst keine neuen Gesetze oder Schulformen. Hier sind die Fachleute für Kindergärten und Volksschulen, für Lehrerbildung und die Schulbehörden gefordert. Man sollte genau hinschauen: Wo sind gehäuft schwache Schüler, schwache Schulen, was kann man ad hoc tun. Wir haben ja zuständige

Schulbehörden und die Schulaufsicht – die Verbesserung fällt auch in die Verantwortung der Schulinspektoren. Manche Jugendliche durchlaufen derzeit neun Jahre Schule – und können die einfachsten Aufgaben nicht bewerkstelligen.

OÖN: Wird Ihrer Erfahrung nach nicht genau hingeschaut?

Haider: Es mangelt auch ein bisschen daran, dass es zu wenig objektive Leistungsinformationen gibt. Man hat nur die in den Schulen selbst vergebenen Noten. PISA ist auch deswegen immer ein Aufreger, weil es derzeit die einzige externe Prüfung ist. In zwei Jahren kommen aber die Bildungsstandards, die bundesweit geprüft werden. Das wird eine schlagartige Verbesserung der Information bringen, jede Schule bekommt dann jährlich Rückmeldung, wo sie steht.

OÖN: Allein mit der Feststellung von Schwächen wird es nicht getan sein.

Haider: Nein, sicher nicht. Ein wichtiger Punkt wäre etwa ein System von Stütz- und Zweitlehrern, die sich mit Schülern mit eklatanten Schwächen beschäftigen und diese gesondert fördern können.

OÖN: Lässt sich das denn einführen, ohne dafür beträchtlich mehr Geld auszugeben?

Haider: Das ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine organisatorische Frage. Es fließt in Österreich viel Geld in das Bildungssystem – aber ein Teil davon wird offensichtlich nicht unterrichtswirksam eingesetzt. Denn sonst müssten wir Verhältnisse wie in Finnland haben, wo es diese Unterstützungskräfte gibt. Und die Finnen geben pro Kopf weniger für das Bildungssystem aus als wir.

Zur Person Günter Haider

Der Erziehungswissenschaftler und Psychologe ist Direktor des Bundesinstituts für Bildungsforschung (Bifie), das in Österreich die PISA-Tests durchführt. Die Ergebnisse des jüngsten PISA-Tests zeigten eine deutliche Verschlechterung beim Lesen. Demnach können 28 Prozent der getesteten 15- bis 16-Jährigen nicht sinnerfassend lesen.

http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/art385_523941

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

➔
Elementarpädagogische
Datenbank

Nationalrat - Becher: Ministerin Schmied ist verlässliche Partnerin für ...

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS/SK) - SPÖ-Nationalratsabgeordnete Ruth Becher begrüßt die von Kulturministerin Claudia Schmied gesetzten Schwerpunkte im Kunst- und Kulturbereich. ...

Nationalrat - Schmied: Bund bleibt stabiler Partner für Kunst und Kultur

APA OTS (Pressemitteilung) –

Wien (OTS/SK) - Kulturministerin Claudia Schmied hat am Dienstag im Parlament klargemacht, dass der Bund auch weiterhin ein "stabiler Partner für Kunst und ...

Nationalrat - Muttonen: Kunst, Kultur und Unterricht verknüpfen

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (OTS/SK) - SPÖ-Nationalratsabgeordnete Christine Muttonen hat heute, Dienstag, im Nationalrat die Wichtigkeit einer Verknüpfung von Unterricht, ...

BILDUNGSPOLITIK

Cortolezis-Schlager: Einhaltung der Bildungsziele rasch sicherstellen!

Utl.: Qualität und Leistung in der Schule wieder stärker in den Mittelpunkt rücken =

Wien (OTS/ÖVP-PK) - Im Rahmen der heutigen Budgetdebatte im Plenum äußerte sich Abg. Katharina Cortolezis-Schlager zu Österreichs Bildungsausgaben im internationalen Vergleich: "Österreichs Bildungsausgaben sind im internationalen Vergleich beachtlich. Wir werden künftig also weniger über den Mittelumfang als über die Wirkung der Mittel reden. Wenn wir über Bildung sprechen, steht eben nicht nur das Budget, sondern auch die Qualität, die Vielfalt und die Attraktivität des Bildungsangebots im Vordergrund."

"Österreich investiert mit 5,5 Prozent des BIP deutlich mehr in die Bildung als beispielsweise Deutschland mit 4,7 Prozent. Wenn wir uns den gesamten Bildungsweg, also vom **Kindergarten** bis zum Hochschulabschluss anschauen, investiert Österreich für die Ausbildung jedes Akademikers und jeder Akademikerin 149.000 Euro. Im Vergleich dazu gibt Deutschland nur 106.000 Euro aus", so Cortolezis-Schlager weiter.

"Im Primarschulbereich gehört Österreich zur internationalen Spitzengruppe mit über 6.000 Euro pro Jahr und Kind an öffentlichen Ausgaben. Die hohen Ausgaben setzen sich auch im Sekundarbereich und in der Berufsbildung fort - da liegen wir deutlich über dem OECD- und dem EU 19-Durchschnitt. Österreich gibt fast doppelt so viel wie Deutschland für die Berufsausbildung aus, und liegt auch vor der Schweiz. Diese hohen öffentlichen und betrieblichen Investitionen in die Berufsbildung ermöglichen unseren Jugendlichen einen qualifizierten Berufseinstieg. Österreich hat aufgrund seines

Erfolgsmodells in der Berufsbildung die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit Europas", so die Abgeordnete weiter.

Handlungsbedarf sieht die Wissenschaftssprecherin bei der Sprachförderung. Diese sei bereits ab dem Kindergartenalter zu forcieren. Neben dem Ausbau ganztägiger Schulangebote, einem verlässlichen Qualitätsmanagement für den Unterricht, den Schulstandort, die Schulaufsicht und das Ressort, müsse auch die neue Ausbildung und Fortbildung für die Lehrerinnen und Lehrer rasch umgesetzt werden.

Wir brauchen Verlässlichkeit im Unterricht und im Klassenzimmer

"Die Ergebnisse internationaler und nationaler Vergleichsstudien zeigen uns, wie wichtig die Sicherung der Grundkompetenzen in der Grundschulbildung und die Einhaltung der Lehrpläne sind. Wir brauchen wieder mehr Verlässlichkeit im Unterricht und im Klassenzimmer. Die Einhaltung der Bildungsziele und die Erreichung der Bildungsstandards müssen dringend wieder sichergestellt werden. Wir sollten dringend gemeinsam - vor allem unter Beteiligung der Schulpartner - an der Umsetzung der Bildungsreform arbeiten. Österreich schöpft das Begabungs- und Leistungspotenzial der Schülerinnen und Schüler bei weitem nicht aus. Schlagworte helfen uns nicht weiter. Wir brauchen konkrete Inhalte und konkrete erprobte Modelle", so die Abgeordnete abschließend.

(Schluss)

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs
Tel.: 01/40110/4436
<http://www.oevpklub.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Amon: Schule - nicht die Organisationsform ist relevant, sondern die Inhalte

Wien (OTS/ÖVP-PK) - Vor Weihnachten hegen offenbar manche eine gewisse Nostalgie für die spät-68er-Idee der Eintopfsschule. Alle, die sich in der Bildungspolitik ein bisschen auskennen, werden aber bestätigen, dass die Frage der Organisationsform der Schule nicht relevant ist, sondern vielmehr jene der Inhalte. Das erklärte ÖVP-Bildungssprecher Abg. Werner Amon MBA heute, Dienstag, im Plenum des Nationalrates, wo in der Budgetdebatte das Kapitel Bildung diskutiert wird.

Die Ergebnisse der PISA-Studie hätten in Österreich starke Betroffenheit ausgelöst, sagte Amon, der diese Ergebnisse allerdings relativierte: Die OECD selbst mache darauf aufmerksam, dass die Daten der Studie mit Vorbehalt veröffentlicht würden. In Österreich habe es im Umfeld der Testung noch dazu Boykottaufrufe und heftige Auseinandersetzungen zwischen Bildungsministerium und Lehrerschaft gegeben. "Der PISA-Test ist nichts anderes als eine Testung an einem Tag, bei einer Altersgruppe und in drei Fächern. Eine Systemdiskussion daraus abzuleiten, halte ich für völlig verfehlt", betonte Amon.

Ernst zu nehmen sei allerdings, dass offenbar ein Viertel der 15jährigen in Österreich nicht sinnerfassend lesen kann, sagte Amon, stellte allerdings auch die Frage nach der Ursache, die bereits im Kindergarten und in der Volksschule zu finden sei. "Ist eine verpflichtende Vorschule die Lösung? Ist die Idee für einen Kindergartenbildungsplan der richtige Ansatz?" Die Volksschule sei jedenfalls eine gemeinsame Schule aller Sechs- bis Zehnjährigen, an deren Ende dramatische Probleme stünden. "Daran sehen wir: der Inhalt ist das Problem, nicht das System."

Das Budget für das Bildungs- und Wissenschaftsressort sei ordentlich und zukunftsweisend, dankte Amon nicht nur Bildungsministerin Schmidt, sondern vor allem Finanzminister Pröll, der damit die richtigen Signale setze, "dass uns Bildung, Wissenschaft und Forschung wichtige Anliegen sind."

"Was die Schule betrifft, so steht im Regierungsprogramm deutlich, wie wir weitermachen sollten: eine Weiterentwicklung in Richtung Autonomie, mehr Verantwortung, mittleres Management, mehr Kompetenzen für Lehrer und Direktoren bei Personalfragen, Teilungszahlen etc. Das ist das Zukunftsprogramm, wie es im Arbeitsübereinkommen steht und nur der Umsetzung harret. Beenden wir also die leidige Diskussion über die Organisationsform, sodass wir in der Bildungspolitik endlich in die Offensive kommen können", schloss Amon.

(Schluss)

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs
Tel.: 01/40110/4436
<http://www.oevpklub.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

BM:UKK / BM.W_F

BM:UKK-Homepage

BMWF Homepage

Alle Informationen des [bm:ukk](#) und des [bm.w.f](#) zur **PädagogInnen-Ausbildung NEU**

BMWFJ

Neue Familienstaatssekretärin Remler stellt sich Bundesrat vor: In Familienpolitik stehen wichtige Weichenstellungen an

Wien (PK) – Die neue Familienstaatssekretärin Verena Remler wurde in der heutigen Sitzung des Bundesrats im Rahmen einer Erklärung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend, Reinhold Mitterlehner, auch den Mitgliedern der Länderkammer vorgestellt. Der Minister kündigte dabei eine Evaluierung der Geld- und Sachleistungen für die Familien an. Remler ihrerseits betonte, sie wolle sich besonders für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie engagieren, wobei die Wahlfreiheit gewahrt werden müsse.

Bundesminister Reinhold MITTERLEHNER ging auf die berufliche und politische Vita der Staatssekretärin ein, aus der sich Remlers Qualifikation eindeutig zeige. Daran schloss das Regierungsmitglied einen Überblick über die aktuelle Lage auf dem Gebiet der Familienpolitik, aus der sich das Anforderungsprofil für die nächsten Arbeiten der Staatssekretärin ergebe.

Vor allem fokussierte der Minister auf die Situation des FLAF und auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, lägen auf diesen Punkten doch die wesentlichen Aufgabenstellungen für das Staatssekretariat. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt müssten wichtige Weichenstellungen im Interesse der heimischen Familien vorgenommen werden, sagte Mitterlehner. Dabei ging der Minister auf wichtige Aspekte bei den Geld- und Sachleistungen ein und regte eine Evaluierung an, um zu erkennen, wie das Gesamtsystem optimiert werden könne. Auch hier werde die Staatssekretärin sich zu engagieren haben, merkte der Minister an, der abschließend der Staatssekretärin viel Erfolg für ihre Arbeit wünschte, zu ihrer anspruchsvollen, aber bewältigbaren Aufgabe, die vor ihr liege.

Staatssekretärin Verena REMLER legte den Schwerpunkt ihrer Rede auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter besonderer Bedachtnahme auf die Wahlfreiheit. Es müsse seitens der Politik sichergestellt werden, dass sich die Familien für ihren individuellen Weg entscheiden könnten, wozu die Kinderbetreuung entsprechend ausgebaut werden müsse. Dazu werde sie den Dialog mit den zuständigen LandesreferentInnen suchen, kündigte Remler an. Hier gelte es, bedarfsgerecht und familienfreundlich vorzugehen, denn diese werde auch wieder zu mehr Mut zum Kind führen. Bei den vor ihr liegenden Aufgaben freue sie sich auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Parlament, schloss die Staatssekretärin.

Bundesrätin Monika MÜHLWERTH (FW) kündigte an, ihre Fraktion werde sich bemühen, konstruktiv mit der neuen Staatssekretärin zusammenzuarbeiten, doch das könne nicht bedeuten, dass man auf nötige Kritik verzichten werde. Diese sei vielmehr schon jetzt geboten, vor allem, wenn man bedenke, dass der FLAF jahrelang auch für Geldleistungen zu völlig anderen Zwecken gebraucht wurde. So hätten die Bundesländer Schwierigkeiten, den Ausbau ihrer Kindergärten zu finanzieren, weshalb es hier einer entsprechenden Lösung bedürfe.

Gerade deshalb dürfe man sich nicht in Ankündigungen erschöpfen, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei noch weit davon entfernt, wirklich etabliert zu sein. Die Familien bräuchten konkrete Maßnahmen und nicht irgendwelche Versprechungen, sagte Mühlwerth. Dies umso mehr, als die Budgetkürzungen gerade die Familien beträfen. Nicht umsonst seien es gerade die Familien, die besonders armutsgefährdet sind. Auch Arbeit schütze nicht mehr vor Armut, hielt Mühlwerth fest. Laut Sozialbericht hätten 247.000 Personen einen Vollzeitjob und seien dennoch armutsgefährdet, und das Gros davon seien Familien mit mehreren Kindern. Und gerade da setze man den Sparstift an? Die Familie sei die Zelle unserer Gesellschaft, gerade deshalb müsse man die Familien wirklich fördern und dürfe sie nicht mit Kürzungen bestrafen, stellte Mühlwerth fest.

Bundesrätin Elisabeth GREIDERER (V/T) zeigte sich erfreut, dass eine Osttirolerin diese verantwortungsvolle Aufgabe übertragen bekam. Die Herausforderungen, vor denen man in der Familienpolitik stehe, seien gerade in Zeiten erforderlicher Sparpakete groß, doch sei sie überzeugt davon, dass Verena Remler diese erfolgreich meistern werde. Abschließend dankte die Rednerin der ausgeschiedenen Staatssekretärin Christine Marek für deren erfolgreiche Tätigkeit und schloss ihre Rede mit einer Übersicht über die nächsten wichtigen Politikschritte im Familienbereich. Der neuen Staatssekretärin wünschte sie viel Erfolg, man werde sie nach Kräften unterstützen.

Bundesrätin Elisabeth KERSCHBAUM (G/N) sprach von einem schweren Rucksack, der der neuen Staatssekretärin mitgegeben werde. Auch sei ihre Vorstellung ein wenig "patschert" gewesen, sodass ihr Start in ihr Amt wohl besser hätte verlaufen können. So sei es merkwürdig, wenn der Minister zuvor die Linie vorgebe und die Staatssekretärin nur noch exekutierte, was andere beschlossen haben. Nichts desto trotz läge es im Interesse der Familien, wenn die Staatssekretärin bei ihrer Tätigkeit entsprechend erfolgreich sein könne.

Bundesrätin Inge POSCH-GRUSKA (S/B) konzedierte, dass man auf dem Gebiet der Familienpolitik noch viel zu tun habe, doch werde man auch diese Aufgaben noch erfüllen, wie man schon bisher viel erreicht habe. Der Staatssekretärin sei viel Erfolg zu wünschen, ihre Ziele verdienten Unterstützung, wobei man freilich nicht auf kinderlose Familien vergessen dürfe, denn es sei nicht jedem gegeben, Nachwuchs zu bekommen. Generell gehe es um mehr Möglichkeiten für Frauen, vor allem im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies müsse für alle Familien in Österreich gelten, unterstrich die Rednerin.

Bundesminister Reinhold MITTERLEHNER kam abschließend noch einmal auf die 15a-Vereinbarung zur Kinderbetreuung zu sprechen. Diese laufe 2010 aus, sodass es ab dann keine neue Vereinbarung mehr gebe. Es brauche also entsprechende Verhandlungen, wie diese Thematik künftighin gelöst werden könne.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2010/PK1044/index.shtml

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

Mödlhammer: Gemeinden sind zu Reformen bereit

Utl.: Gemeindefinanzen erfordern rasches Handeln von Bund, Ländern und Gemeinden =

Wien (OTS/Gemeindebund) - "Wir stehen für jeden konstruktiven und nachhaltigen Reformansatz bereit", sagte heute, Montag, Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer anlässlich der Präsentation des Gemeindefinanzberichtes. Auf Basis der Rechnungsabschlüsse des Jahres 2009 analysiert der Gemeindefinanzbericht die Finanzlage der Gemeinden. "Das Jahr 2009 war aufgrund sinkender Steuereinnahmen und steigender Auf- und Ausgaben natürlich für die Gemeinden extrem schwierig", so Mödlhammer. "An der Reformbereitschaft der Kommunen besteht allerdings kein Zweifel." *****

"Wir stehen jederzeit zur Verfügung, wenn es um die Umsetzung einer Verwaltungsreform geht", bekräftigte Mödlhammer. "Sinnvollerweise sollte es zuvor aber eine Aufgabenreform geben, damit lückenlos geklärt ist, wer für die Durchführung und die Finanzierung welcher Aufgabe zuständig ist." Mödlhammer nannte als Beispiel die **Kinderbetreuung**. "Für diesen Bereich sind derzeit insgesamt vier Ministerien und neun Bundesländer zuständig, die ständig anschaffen, was zu geschehen hat. Ausführen und zahlen müssen es allerdings die Gemeinden." Er, Mödlhammer, trete dafür ein, die **Kinderbetreuung** ausschließlich den Gemeinden zu überlassen. In anderen Bereichen wiederum sei es sinnvoller, wenn die Zuständigkeit beim Bund oder den Ländern liege. "Eine reine Verwaltungsreform ohne Aufgabenreform wird jedoch nicht sehr viel an Einsparungen bringen."

Die größten Probleme, so Mödlhammer weiter, hätten die Gemeinden in den Bereichen Pflege und Gesundheit. "Das sind Kosten, die wir nicht im Geringsten beeinflussen können, wo die Steigerungsraten aber am größten sind. So viel Geld können wir gar nicht einnehmen, dass diese Steigerungen damit abzufangen wären." In diesem Bereich bedürfe es daher einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden, um die künftige Finanzierung sicherzustellen. "Ich sage auch Klipp und Klar, dass ich den Stabilitätspakt nicht unterschreiben werde, wenn es für die Finanzierung der Pflege keine nachhaltige Lösung gibt. Es kann nicht sein, dass immer andere anschaffen, was sie sich wünschen, und wir Gemeinden sollen das dann bezahlen."

Im Hinblick auf die Gemeindefinanzen wagte Mödlhammer auch eine Prognose für das laufende Jahr 2010, das buchhalterisch noch nicht abgeschlossen ist, bzw. auf 2011. "Heuer werden wir bei den Einnahmen vermutlich mit einem blauen Auge davonkommen, die Talsohle scheint durchschritten. Das hilft uns allerdings nicht viel, weil uns die Kosten in den schon erwähnten Bereichen davonlaufen." Für 2011 könnten die Gemeinden wiederum mit steigenden Bundesertragsanteilen rechnen, u.a. deshalb, weil dann die zweite Tranche des Finanzausgleichs in Kraft tritt, die vor allem den kleinen Gemeinden zusätzliche Einnahmen zugestehe.

"Ich warne aber eindringlich davor, zu glauben, dass damit die finanziellen Sorgen der Gemeinden vorbei sind", so Mödlhammer. "Die Kommunen sind nach wie vor die am stabilsten wirtschaftende Gebietskörperschaft, wir können allerdings sicherlich keine zusätzlichen Aufgaben mehr übernehmen."

Von der Bundesregierung und den Ländern forderte der Gemeindebund-Chef einerseits mehr Aktivität in der Frage der Pflege- und Gesundheitsfinanzierung, andererseits auch einen "gegenseitigen Belastungsstopp". "Man kann den Menschen nicht dauernd neue Dinge versprechen, wenn die Finanzmittel nicht vorhanden sind, um all das zu bezahlen", so Mödlhammer abschließend.

Detaillierte Grafiken und weitere Informationen zum Gemeindefinanzbericht sowie Audio-0-Töne der Pressekonferenz stehen in Kürze auf www.gemeindebund.at bereit.

Rückfragehinweis:

Österreichischer Gemeindebund
Daniel Kosak (Pressesprecher)
Tel.: (01) 512 14 80/18, Mobil: 0676 / 53 09 362
<mailto:daniel.kosak@gemeindebund.gv.at>
<http://www.gemeindebund.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/153/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

[Alle Details zum Gemeindefinanzbericht 2010 - Grafiken, Audio-O-Töne, detaillierte Zahlen zum Gemeindefinanzbericht 2010](#)

[Hier gelangen Sie zur Übersicht mit den wichtigsten Zahlen und Grafiken](#)

[Hier gelangen Sie zu einer ausführlichen Präsentation mit allen Zahlen \(PDF\)](#)

[Hier sehen Sie die Top-10 Gemeinden \(Verschuldung, Finanzkraft, Rücklagen, etc.\)](#)

[Hier gelangen Sie zu den Audio-O-Tönen von der Pressekonferenz](#)

Mödlhammer: Die Gemeinden sind zu Reformen bereit

"Wir stehen für jeden konstruktiven und nachhaltigen Reformansatz bereit", sagte heute, Montag, Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer anlässlich der Präsentation des Gemeindefinanzberichtes. Auf Basis der Rechnungsabschlüsse des Jahres 2009 analysiert der Gemeindefinanzbericht die Finanzlage der Gemeinden. "Das Jahr 2009 war aufgrund sinkender Steuereinnahmen und steigender Auf- und Ausgaben natürlich für die Gemeinden extrem schwierig", so Mödlhammer. "An der Reformbereitschaft der Kommunen besteht allerdings kein Zweifel."

"Wir stehen jederzeit zur Verfügung, wenn es um die Umsetzung einer Verwaltungsreform geht", bekräftigte Mödlhammer. "Sinnvollerweise sollte es zuvor aber eine Aufgabenreform geben, damit lückenlos geklärt ist, wer für die Durchführung und die Finanzierung welcher Aufgabe zuständig ist." Mödlhammer nannte als Beispiel die Kinderbetreuung. "Für diesen Bereich sind derzeit insgesamt vier Ministerien und neun Bundesländer zuständig, die ständig anschaffen, was zu geschehen hat. Ausführen und zahlen müssen es allerdings die Gemeinden." Er, Mödlhammer, trete dafür ein, die Kinderbetreuung ausschließlich den Gemeinden zu überlassen. In anderen Bereichen wiederum sei es sinnvoller, wenn die Zuständigkeit beim Bund oder den Ländern liege. "Eine reine Verwaltungsreform ohne Aufgabenreform wird jedoch nicht sehr viel an Einsparungen bringen."

Die größten Probleme, so Mödlhammer weiter, hätten die Gemeinden in den Bereichen Pflege und Gesundheit. "Das sind Kosten, die wir nicht im Geringsten beeinflussen können, wo die Steigerungsraten aber am größten sind. So viel Geld können wir gar nicht einnehmen, dass diese Steigerungen damit abzufangen wären." In diesem Bereich bedürfe es daher einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden, um die künftige Finanzierung sicherzustellen. "Ich sage auch klipp und klar, dass ich den Stabilitätspakt nicht unterschreiben werde, wenn es für die Finanzierung der Pflege keine nachhaltige Lösung gibt. Es kann nicht sein, dass immer andere anschaffen, was sie sich wünschen, und wir Gemeinden sollen das dann bezahlen."

Im Hinblick auf die Gemeindefinanzen wagte Mödlhammer auch eine Prognose für das laufende Jahr 2010, das buchhalterisch noch nicht abgeschlossen ist, bzw. auf 2011. "Heuer werden wir bei den Einnahmen vermutlich mit einem blauen Auge davonkommen, die Talsohle scheint durchschritten. Das hilft uns allerdings nicht viel, weil uns die Kosten in den schon erwähnten Bereichen davonlaufen." Für 2011 könnten die Gemeinden wiederum mit steigenden Bundesertragsanteilen rechnen, u.a. deshalb, weil dann die zweite Tranche des Finanzausgleichs in Kraft tritt, die vor allem den kleinen Gemeinden zusätzliche Einnahmen zugestehe.

"Ich warne aber eindringlich davor, zu glauben, dass damit die finanziellen Sorgen der Gemeinden vorbei sind", so Mödlhammer. "Die Kommunen sind nach wie vor die am stabilsten wirtschaftende Gebietskörperschaft, wir können allerdings sicherlich keine zusätzlichen Aufgaben mehr übernehmen."

Von der Bundesregierung und den Ländern forderte der Gemeindebund-Chef einerseits mehr Aktivität in der Frage der Pflege- und Gesundheitsfinanzierung, andererseits auch einen "gegenseitigen Belastungsstopp". "Man kann den Menschen nicht dauernd neue Dinge versprechen, wenn die Finanzmittel nicht vorhanden sind, um all das zu bezahlen", so Mödlhammer abschließend.

<http://www.gemeindebund.at/>

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Neues "Kinderbetreuungsgesetz" einsam beschlossen.

Live-PR.com (Pressemitteilung)

Der Gesetzesvorschlag widerspricht über weite Strecken allen Forderungen der elementarpädagogischen Standards, wie sie etwa vom ÖDKH und der Plattform ...

Demokratie á la Kärnten: Gesetzesantrag der FPK wird ohne Begutachtung im ...

Live-PR.com (Pressemitteilung)

Der Gesetzesvorschlag widerspricht über weite Strecken allen Forderungen den elementarpädagogischen Standards, wie sie etwa von der Plattform EduCare in ...

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.no.e.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Platters Bilanz - "Zusammenarbeit mit SP ist gut, doch VP ist der Motor!"

Krone.at

Landesrätin Beate Palfrader verwies auf das gelungene Gedenkjahr und die Meilensteine in der Kinderbetreuung. "Es liegen 100 Ansuchen von Gemeinden für die ...

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen: keine

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Akademische Ausbildung für Kindergärtnerinnen im Kosovo

Die Caritas Schweiz und die Initiative für Praxisforschung IPF (IPF Multiversity) bieten im Kosovo einen akademischen Studiengang für Kindergärtnerinnen auf europäischem Bachelor-Niveau an. Er wurde am 7. Juli 2010 offiziell unter dem Dach der Universität Prishtina akkreditiert und am 31. Juli 2010 in einer Akkreditierungsfeier im Beisein von Verantwortlichen der Schweizer Botschaft und im Beisein der Aufsichtskommission und mit beinahe 100 neuen InteressentInnen, welche gerade die zweiwöchige Summer Academy im Programm abgeschlossen haben gefeiert.

Der Studiengang «B.A. Sustainable Pre-School and Peace Education» wurde am 7. Juli 2010 vom nationalen Akkreditierungsrat im Kosovo, der aus Hochschulexperten und Akkreditierungsverantwortlichen aus der ganzen Welt besteht, für drei Jahre akkreditiert. Das bedeutet, dass er ab dem 1. Oktober 2010 als staatlicher Studiengang unter dem Dach der Pädagogischen Fakultät der Universität Prishtina angeboten wird. Der berufsbegleitende sechsjährige Studiengang (mit 240 ECTS-Credits, d.h. äquivalent zu einem vierjährigen Ganztagesstudium) ist praxisorientiert. Er vermittelt eine innovative Kindergartenpädagogik, die der speziellen Nachkriegs- und gesellschaftlichen Umbruchssituation im Kosovo Rechnung trägt. Die nationale Akkreditierungsagentur Kosovo (KAA Kosovan Accreditation Agency) hat diesen Entscheid gefällt, nachdem eine externe Überprüfung durch die Pädagogische Hochschule des Kantons St.Gallen (University of Teacher Education St.Gallen) vorgenommen wurde. In einem detaillierten Benchmarking Bericht wurde die vorgefundene Qualität des Studienganges mit analogen restriktiven Schweizer Pädagogischen Hochschulkriterien verglichen. Der vorliegende Expertenbericht hat dann nicht nur die unbedingte Akkreditierung empfohlen, sondern auch zugleich angeraten, dieses Programm als nationales Pilotprogramm für die akademische und praktische Ausbildung von Erziehern / Erzieherinnen für Kindergarten zu benutzen. Insgesamt wurden im Frühling und Sommer 2010 total 201 Akkreditierungsanträge an das KAA gestellt. Davon wurden rund 150 dann

bewilligt, jedoch die meisten mit Auflagen versehen. Ausschliesslich 3 Studiengänge wurden dann unbedingt (d.h. ohne Auflagen) für 3 Jahre akkreditiert, u.a. auch der vorliegende «B.A. Sustainable Pre-School and Peace Education».

Kosovo besitzt eine sehr junge Bevölkerung: rund ein Drittel ist unter 15 Jahre alt. Das Bildungssystem leidet immer noch unter den Folgen des Krieges. Vorschuleinrichtungen gibt es erst wenige und dies vor allem in Städten. Gemäss Schätzungen kann nur jedes vierte Kind einen öffentlichen Kindergarten besuchen. Ein neues Vorschulgesetz sieht jedoch ein Kindergarten-Obligatorium ab dem Jahr 2011 vor. Vor diesem Hintergrund ist die neue Ausbildungsmöglichkeit von grosser Bedeutung für das Land. Der Akkreditierung des Studiengangs ging eine mehrjährige intensive Vorarbeit voraus. Die Caritas Schweiz und die IPF Initiative für Praxisforschung (IPF-Multiversity) realisieren zusammen mit der Caritas Luxemburg bereits seit 2002 Vorschulprojekte im Kosovo. Seit acht Jahren läuft als Pilotprojekt der «Kindergarten Dielli» in Drenas, den 150 Kinder besuchen. Wegen des grossen Interesses wurde das Projekt laufend auf jetzt 13 umliegende Dörfer ausgedehnt. Auch in 2 anderen Municipalities (Prizren und Gjakova) wurden 11 Klassen eingerichtet. Im Rahmen dieser Pilotprojekte wurde ein praxisorientiertes, berufsbegleitendes Ausbildungskonzept entwickelt. Dieses stellt die Interessen des Kindes ins Zentrum, insbesondere auch dessen soziale und persönliche Fähigkeiten. Als pädagogische Methoden sind Spiele, Geschichten, Singen und Handwerken wichtig damit das Kind seinen Erfahrungsschatz erweitern kann. Auch Elternarbeit, gewaltfreie Konfliktlösung und multiethnischer Unterricht gehören zum Ausbildungskonzept.

Die Kooperation zwischen Caritas und IPF besteht seit 2002 und wurden im Januar 2010 bis Ende 2011 vertraglich verlängert. Die IPF zeichnete beim Aufbau des Bachelor-Studiengangs verantwortlich für die akademische Leitung (Pädagogik, Qualitätsmanagement, Praxisforschung sowie Benchmarking) und erstellte die umfangreichen Studien- und Akkreditierungsunterlagen. Den neuen Bachelor-Studiengang tragen neben der Caritas Schweiz und IPF die Caritas Luxemburg, die örtliche kosovarische Gemeinde Drenas. Partnerschaftsprojekte im Forschungsbereich sind mit Schweizer, Britischen, Deutschen und Amerikanischen Universitäten aufgebaut worden. Im September 2010 ist eine Kosovarische Delegation bestehend aus Akkreditierungsexperten und Regierungsverantwortlichen des Erziehungswesens Kosovo in die Schweiz gereist und haben in Gesprächen mit den Schweizer Pädagogischen Hochschulen / Caritas und IPF neue Zusammenarbeitsmöglichkeiten für Studentenaustausch und Forschung besprochen.

<http://www.live-pr.com/akademische-ausbildung-f-r-kinderg-rtnerinnen-im-r1048662962.htm>

FAMILIENPOLITIK

Mitterlehner: "Geburtenrate könnte höher sein"

[DiePresse.com](http://diepresse.com)

Vor einigen Wochen haben Sie gesagt, dass eine auf Geldleistungen konzentrierte Familienpolitik nicht zu höheren Geburtenraten geführt hat. ...

Familienpolitik: "Faymann beschönigt die Situation"

Kathweb

Wien (KAP) Bundeskanzler Werner Faymann "beschönigt die Situation" und schweigt zu den "massive Budgetkürzungen gegen die Familien": Das hat der ...

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Behinderte Kinder als „Schaden“: Gesetz wird geändert

Nach geltendem Recht kann die Geburt behinderter Kinder Schadenersatzansprüche auslösen, auch wenn das Verhalten des behandelnden Arztes am Herbeiführen der Beeinträchtigung nicht schuld ist. Das wird nun geändert.

Am 1. Juni 2011 tritt ein neues Gesetz in Kraft, das klarstellen soll, dass die Geburt und Existenz eines Kindes mit Behinderung „keinen Schaden darstellt“, sagte Justizministerin Claudia Bandion-Ortner am 16.12.2010 bei einer Pressekonferenz:

<http://news.orf.at/stories/2031357/>

Mit dem neuen Gesetz wollte man nicht nur die Würde behinderter Menschen wahren, sondern auch den hohen Druck, der auf den Ärzten lastet, nehmen, sagte ÖVP-Behindertensprecher Franz-Joseph Huainigg.

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101216_OTS0225/huainigg-begruesst-vorstoss-der-justizministerin-ein-behindertes-kind-ist-kein-schaden

Wiener Erzbischof und St. Pöltner Diözesanbischof Küng begrüßen Initiative von Justizministerin Claudio Bandion-Ortner zur Änderung des Schadenersatzrechts: <http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/36443.html>

Im Sinne der historischen Gerechtigkeit ist anzumerken, daß der FPÖ-Justizsprecher, Abg. z. NR Dr. Peter Fichtenbauer bereits am 29. November 2006, also vor über 4 Jahren, einen Antrag gestellt hat, das ABGB so zu ändern, dass „aus der Tatsache der Geburt eines Menschen ein Anspruch auf Schadenersatz ausgeschlossen ist“:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/A/A_00046/fname_070909.pdf

„In der Tageszeitung DIE PRESSE wird ausführlich auf die schadenersatzrechtliche Problematik eingegangen

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/619241/Arztfehler_Keine-Haftung-bei-behindertem-Kind?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do

leider kürzer auf die ethische Dimension der Frage

<http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/619268/Ein-ethisches-Minenfeld>

Deswegen sei an dieser Stelle allen juristisch Interessierten nochmals der Beitrag der Lebensschutzbeauftragten der Erzdiözese Wien, RA

Dr. Stephanie Merckens in Erinnerung gerufen, der im Jahre 2007 in der Ausgabg 5 des „Österreichischen Anwaltsblatts“ erschienen ist:
http://www.rechtsanwaelte.at/downloads/07_anwbl05.pdf

Institut für Ehe und Familie (IEF)
 Spiegelgasse 3/8, 1010 Wien, Österreich
 Tel.: +431 515 52 / 3658 (Sekretariat), Fax: +431 513 89 58

Prof. Günter Danhel, DSA
 Direktor des Instituts für Ehe und Familie
 Tel. +431 515 51 / 3651
gunter.danhel@ief.at

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

Twitter / Plattform EduCare: PISA beginnt im Kindergarten ...

PISA beginnt im Kindergarten <http://www.plattform-educare.org/Presse%2004.12.2010%20-%20PISA-Studie.htm>.
twitter.com/PlattformEduCar/status/11133324630171648

MACHEN SIE MIT BEI DER E-MAIL-AKTION: "Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"

Schreiben einzelner Mitglieder und SympathisantInnen zur Situation der Elementarpädagogik in Österreich

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Netzwerk Lernwerkstatt Gleisdorf Dipl.-Paed. Kerstin Fuchs.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Doris Brandmayr, Wien.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Johannes-Maria Lex.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Dr. Susanna Buttaroni MSc.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Renate Steinmann .pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Gertraud Kohlbacher.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Christian Kollros und Kirsten Hjorth Andersen.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Martina Gruber.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreibenen Martina Aichinger.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Anna Kapfer-Weixlbaumer.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sabine Nowak.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Doris Stummer.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Manuela Augustin.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sonia Pranter.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Rapaela Keller.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Andrea Parak.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Elke Hoerist.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Montessorihaus Reiserstrasse Brigitte Putz.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Hilde Cernohous-Ghafouer.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Dr. Johanna Schneider.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Monika Stadlmair.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sonja Ceckovic.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Margot Linke-pdf.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Bernhard Koch.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Christa Forstner, MBA MSc.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Irene Schedl.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Nina Breinseher.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Irene Schedl.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Virginia Franz, Kindercompany.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Dr. Josef Aigner.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Elisabeth Kumpf-Frommel, SPES Zukunftsakademie.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Margarete Hirschler.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Annemarie Doblender.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Heidi-Irene Baeck.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Anna Graf.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Elke Goetting.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Andrea Winter, Katharina Zeiner, Christina Nesslboeck.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Katharina Loibner.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Ilse Stampf.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Edith Wartinger.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Christina Weinhaeufl.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Ursula Geiblinger.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Karin Sellner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Michaela Ortner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Monika Mair.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Kindergarten Schoenering.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Bernadette Bretbacher.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Elisabeth Hoeller.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Elisabeth Schuller.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Verena Lorenz-Huber.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Michaela Floerl.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Julia Gratzel.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Marie-Christin Schaffer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Christa Schubert.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Irene Hoerner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Christine Schlager.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Anna Eisl.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Gertrude Achleitner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Anna Kolmberger.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Kathrin Mair.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Renate Kriegl.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Sigrun Mueller.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Barbara Winhofer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Judith Sinnhuber.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Petra Hofrichter.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Elfriede Freund.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Andrea Koehler.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sandra Krautwaschl.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Kindergarten team Velden.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sr. Martina Niessner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Daniela Mischer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Dachverband unabhaengiger Eltern.-Kind.-Zentren.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Katharina Kamelreiter.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sabine Jungwirth.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Anita Leitner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sabine Faller.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Carola Probst.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Reingard Lieb.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Karin Zöchbauer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Heidi Geckle-Schneeberger.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Maria Herzog.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Margit Kossek.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Monika Holzner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Irina Schweiger.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Renate Gebetsroither.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Barbara Manzenreiter.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Michaela Illek.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Heide-Marie Gebetsberger.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Angelika Linsmeier.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Kornelia Rabl.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Gerda Neuhofer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Anneliese Mikla.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Maike Neubauer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Tanja Koenig.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Christina Six.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Eva Lederhilger.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Karin Hagendorfer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Hermine Obernberger.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Cornelia Lindorfer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Veronika Brandlberger.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Monika Steiner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Barbara Faller.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Gabriele Baeck.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Dr. Heidemarie Lex-Nalis.pdf](#)

[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Elisabeth Pils.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Matthias Illichmann.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Eva-Maria Sommer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Christine Langmaier.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sonja Aistleitner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sabine Greul.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Barbara Roessl.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Kerstin Baumgartner.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Ilse Huemer.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Jutta Stocker.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Mag. Dr. Erich Krieger MBA.pdf](#)
[Informationsdienstaussendungen/Schreiben Sandra Eichelsberger.pdf](#)

BISHERIGE ANTWORTEN AUF DIESE SCHREIBEN

Von: Dialogbüro des grünen Parlamentsklubs [mailto:infopool@gruene.at]

Gesendet: Donnerstag, 16. Dezember 2010 13:47

An: johannes-maria.lex@aon.at

Betreff: Ihr Mail an die Grünen: Zum Wohl unserer Kinder, im Interesse deren Eltern und AlleinerzieherInnen, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der PädagogInnen - im Sinn der Zukunft unseres Landes sind dringend Änderungen im Elementarbildungswesen anges

Sehr geehrter Herr Lex,

ich bedanke mich im Namen der Grünen für Ihre Email-Initiative in Folge der PISA-Ergebnisse. Wir stimmen mit Ihrer Analyse natürlich vollkommen überein: Reformen des Bildungssystems sind dringend notwendig, doch diese müssen im elementarpädagogischen Bereich ansetzen.

Die Grünen teilen auch Ihre Einschätzung der zentralen Baustellen und haben daher im Jahr 2010, aber auch in den Jahren davor, immer wieder parlamentarische Initiativen gesetzt (Bundesrahmengesetz Kinderbetreuung, Ausbau Kinderbetreuung). Ein Bundesrahmengesetz, das einheitliche Rahmenbedingungen für alle Kinder in Österreich schafft, ist für uns eine Grundvoraussetzung für das Erlangen von Chancengleichheit. Eine Qualitätssicherung ist jedoch nicht nur zentral für die Bildung im Kleinkindbereich sondern auch um die Arbeitsbedingungen von PädagogInnen zu verbessern und nicht von der Finanzkraft oder dem Bewusstsein diverser EntscheidungsträgerInnen auf Landes- und Gemeindeebene abhängig zu machen.

Besonders bedenklich finden die Grünen den Beschluss der Regierung (wurde im Budgetausschuss am 15.12.2010 von BM Mitterlehner verkündet) den Bundeszuschuss ab 2011 nicht zu verlängern. 2011 will man nun eine Evaluation und eine Bedarfserhebung für den weiteren Ausbau machen. Ob bzw. in welcher Höhe weitere Mittel ab 2012 vom Bund an die Länder gehen ist nicht gewiss. Aus Grüner Sicht ist eine Pause des weiteren Ausbaus eine desaströse Entscheidung.

Wir werden kommende Woche im Plenum erneut einen Antrag auf Verlängerung des Bundeszuschuss zum Ausbau der Kinderbetreuung und Sprachförderung einbringen und werden uns natürlich auch darüber hinaus weiterhin für ein Bundesrahmengesetz einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen,
Mag. A Daniela Musiol

Familien- und Verfassungssprecherin der Grünen

[Dialogbüro](#)

Grüner Klub im Parlament

1017 Wien

www.gruene.at

Von: Postfach FRAUENSERVICE [mailto:frauenservice@bka.gv.at]

Gesendet: Dienstag, 21. Dezember 2010 11:06

An: johannes-maria.lex@aon.at

Betreff: WG: Zum Wohl unserer Kinder, im Interesse deren Eltern und AlleinerzieherInnen, für positive Arbeits- und Lebensmöglichkeit der PädagogInnen - im Sinn der Zukunft unseres Landes sind dringend Änderungen im Elementarbildungswesen angesagt!

Sehr geehrter Herr Lex,

vielen Dank für Ihr Schreiben an Frau Bundesministerin Heinisch-Hosek, das zur Beantwortung an das Frauenservice der Bundesministerin weitergeleitet wurde.

Die Verbesserung der Situation im elementaren Bildungsbereich ist ein wichtiges Anliegen zur Herstellung von Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Daher hat die Bundesregierung in den letzten Jahren in diesem Bereich bereits wichtige Maßnahmen umgesetzt. Dazu zählen unter anderem der erste Bundes-Bildungsplan für alle Kindergärten in Österreich, die Forcierung der frühen sprachlichen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der Ausbau des Angebotes an institutioneller Kinderbetreuung.

Darüber hinaus wird unter Einbeziehung von ExpertInnen- und Interessensgruppen sowie Stakeholdern an der Neugestaltung der LehrerInnenbildung sowie der Ausbildungen von Kindergarten- und SozialpädagogInnen gearbeitet.

Gerne werden wir die von Ihnen eingebrachten Vorschläge in die weitere Diskussion mit einbeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

FRAUENSERVICE

21.12.2010

der
 Bundesministerin für Frauen
 und Öffentlichen Dienst
 Nulltarifnummer: 0800/20 20 11
 e-mail: frauenservice@bka.gv.at
<http://www.frauen.bka.gv.at/>

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Stopp für den §15a-Vertrag bedeutet Aus für die Sprachförderung - das ist ...

Live-PR.com (Pressemitteilung)

Dass damit auch die **Sprachförderung** nicht mehr finanziert wird: das ist bildungspolitischer Wahnsinn und Verrat an der Zukunft Österreichs! ...

➔ MACHEN SIE DAGEGEN „MOBIL“: Österreich: Ein Bundesrahmengesetz zur Qualitätssicherung in den elementaren Bildungseinrichtungen steht an - Qualitätsoffensive im Elementarbildungsbereich unverzichtbar.

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
 Pädagogik -
 Veranstaltungen und
 Events](#)

Freinet Ostertreffen 2011 - Freitag, 15. 4. 2011, 17.00 Uhr bis Montag, 18.4. 2011, 18.00 Uhr in Seekirchen am Wallersee

verändern – verändert sein – verändert werden

Wir verstehen die Auseinandersetzung mit Freinet Pädagogik als Prozess, der die eigene Praxis verändert. Diese Impulse zur Veränderung wollen wir in traditioneller Weise beim Freinet Ostertreffen in den Mittelpunkt rücken – sie erleben, ausprobieren, diskutieren und reflektieren.

Wir laden Lehrerinnen und Lehrer aus allen Schularten, Kindergartenpädagoginnen und –pädagogen, sowie alle an Pädagogik Interessierten sehr herzlich ein, sich nach dem Motto „verändern – verändert sein – verändert werden“ von Ansätzen der Freinet Pädagogik inspirieren zu lassen.

Das vielfältige inhaltliche Angebot dazu zeigt sich in den Ateliers, die wir vorbereitet haben und natürlich auch in jenen Ateliers, die spontan vor Ort entstehen.

Langzeitateliers

natur.sammeln – gestalten.verändern

Heidi Zenz

nachhaltig.entwickeln – bildung.verändern

Peter Fischer

naturwissenschaft.forschen –

verändern.experimentieren

Martin Fuchs

mathematik.erfahren – sicht.verändern

Maria Koth

freinet.erleben – praxis.verändern

Martin Merz

zeit.ung – blick.verändern

Kurzzeitateliers – work in progress

Astronomie/Besuch der Sternwarte

Tanz

Die Freinet Klasse

Russisches Alphabet

Jubiläumsspeedy

Gemeinsam Kochen

Bauchtanz

Schulbesuche ...

Spontanateliers werden euch erneut Gelegenheit bieten,

euch selbst bzw. eure Erfahrungen und Fragen

einzubringen.

Wie meldet man sich an? Anmeldung in 3 Schritten:

1. Schritt: Mail an Thomas Körner

atelier.freinet@gmx.at

Tel.: 06212/5037

2. Schritt: Bei Zimmerbedarf Zimmerreservierung selbst vornehmen!

Achtung: es sind keine Einzelzimmer verfügbar.

Preise: VP € 60,-/Person/Tag (Kinder bis 4 Jahre frei/ 4-16 Jahre VP 41,20)

Bei der Reservierung auf die generelle Vorreservierung durch „Thomas

Körner“ hinweisen.

Gasthof zur Post
A-5201 Seekirchen am Wallersee
Hauptstrasse 19
 Telefon 06212 2229-0
Telefax 06212 7977
E-Mail office@postseekirchen.at
www.postseekirchen.at

3. Schritt: Alle Lehrer/innen bitten wir, sich in PH Online der PH Salzburg für das Ostertreffen anzumelden (ab 14. Dezember bis 31. Jänner):
 4210E2HS10 „Freinet Ostertreffen - bundesweite Netzwerkveranstaltung zur Freinet-Pädagogik“
 Die Anmeldung ist mit dem Einzahlen des **Tagungsbeitrag**

Wir freuen uns auf euer Kommen!

Das Organisationsteam aus Salzburg
 Bei Fragen wendet euch jederzeit gerne an: Sabine Harter: s.harter@gmx.at
 Thomas Körner: atelier.freinet@gmx.at

SONSTIGES

Greifbare Gestalt Gottes - Darstellung Gottes im Alten Testament. Technische Universität Darmstadt

Das personale, menschhafte Gottesbild des Alten Testaments bestimmt bis heute die Gottesvorstellungen: Gott hat die Gestalt eines Menschen und der Mensch ist das Ebenbild seines Schöpfers. Welchen Sinn hat es, von der Menschengestaltigkeit Gottes zu reden? Was leistet der Anthropomorphismus für die Formulierung der Gottesidee? Diesen Fragen geht eine Gruppe von Wissenschaftlern um Prof. Dr. Andreas Wagner am Institut für Theologie und Sozialethik der TU Darmstadt nach.
 Link Deutsch: <http://idw-online.de/pages/de/news402212>

Emotionale Intelligenz hilft bei der Karriere. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Wer sich gut in die Gefühle anderer hineinversetzen kann, steigt im Beruf schneller auf. Das zeigen Wissenschaftler der Universitäten Bonn und Heidelberg zusammen mit US-Kollegen in einer aktuellen Studie. Der von ihnen entdeckte Zusammenhang gilt allerdings nur für besonders karriereorientierte Personen. Für sich allein genommen, erlaubt das Maß emotionaler Intelligenz ("EQ") kaum Voraussagen über den Berufserfolg. Die Studie erscheint im European Journal of Psychological Assessment.
 Link Deutsch: <http://idw-online.de/pages/de/news402025>
 Weitere Art: Wissenschaftliche Publikationen

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:
 Krausegasse 7a/10
 1110 Wien
 ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265
Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.
 Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.
 Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
 Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten
 Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.

